

## Heute vor 56 Jahren



**19.2.1958: Telefonleitung in der Wüste Negev.** David Ben Gurion (Mitte), erster Premier Israels und einer der Gründer der sozialdemokratischen Arbeitspartei in Israel, eröffnet eine Radio- und Telefonleitung im Negev, die entlegene jüdische Siedlungen mit dem übrigen Land verbindet. Die technische Ausrüstung stammt aus Deutschland und wurde im Rahmen der Wiedergutmachungsverträge nach dem Zweiten Weltkrieg an Israel geliefert. Foto Keystone

## Einspruch Steuerzahler zweimal zur Kasse bitten

Von Hanspeter Weibel

Letztes Jahr haben wir im Kanton Basel-Landschaft über die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) abgestimmt. Es haben damals 51,76 Prozent dazu Ja gesagt. Und immer wieder wurde im Hinblick auf diesen wichtigen Urnengang auch beteuert, es gehe bei dieser Volksabstimmung «lediglich» um den Kantonsanteil von rund 1,4 Milliarden Franken. Die von den Gegnern ins Feld geführten weiteren rund zwei bis drei Milliarden Franken wurden schlicht und einfach negiert.

Aber nun steht uns bereits die nächste Runde ins Haus, und sie wird auch morgen Donnerstag im Landrat in Liestal thematisiert: die Gemeinde-Initiative. Und damit weitere rund 900 Millionen Franken. Die Gemeinden fordern die Übernahme dieser Ausfinanzierung durch den Kanton. Und zwar nicht nur die Ausfinanzierung der 86 Gemeinden, sondern gleich aller 254 angeschlossenen Arbeitgeber.

Der einzige Grund, den uns die Gemeinden anführen, lautet: «Wir haben kein Geld!» Als ob der Kanton welches hätte. Die Kantonssteuern müssten um rund 20-Prozent-Punkte angehoben werden. Da ja 40 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton Basel-Landschaft keine Steuern bezahlen (müssen), dürfte dies dann ja den anderen 60 Prozent zugemutet werden.

Die Gemeinden ihrerseits würden die Initiative nur zurückziehen, wenn die von der Finanzkommission erarbeitete Kompromiss bestätigt würde: Rund 300 Millionen Franken statt der 900 Millionen Franken. «Erpressen und Feilschen» sagen die einen, «Verhandeln und demokratische Rechte geltend machen», die anderen. Die Folge davon lautet: Die Kantonssteuern müssten ebenfalls (dauerhaft!) angehoben werden; in vielen Gemeinden aber zusätzlich die Gemeindesteuern.

Einig ist man sich in der Aussage: Es bezahlt so oder so der Steuerzahler. Nur – es ist ein Unterschied, ob als Gemeinde- oder als Kantonssteuerzahler. Es gibt nämlich Gemeinden, die ihrer Verantwortung nachgekommen sind und einiges bis zu alles bereits als Rückstellungen beim Steuerzahler eingefordert haben und damit vorgesorgt haben, um die sich seit zehn Jahren abzeichnenden Defizite der Pensionskasse zu finanzieren.

In diesen Gemeinden besteht ein hohes Interesse, weder die Variante Gemeindeinitiative (900 Millionen Franken) noch den Gegenvorschlag der

### Es gibt Gemeinden, die haben Rückstellungen eingefordert, um Defizite der Pensionskasse zu finanzieren.

Finanzkommission (300 Millionen Franken) zu unterstützen, sondern eben zweimal Nein zu sagen. Denn dann müssen nur noch diejenigen Gemeinden, welche bis dato gar nichts oder zu wenig zurückgestellt haben, ihre Steuern anpassen.

Bei einem doppelten Nein besteht weder für den Kanton noch für die übrigen Gemeinden Handlungsbedarf in Sachen Steuern. Und Gemeindesteuern anheben oder senken geht wesentlich einfacher und flexibler.

Bei einem Ja (ganz gleich bei welcher Variante) ist aber garantiert, dass die gleichen Steuerzahler für das gleiche Problem zweimal zahlen.

Und zu guter Letzt sei hier nicht vergessen: Die Staatsgarantie verbleibt immer noch beim Kanton, obwohl die Vorlage letztes Jahr eigentlich etwas anderes versprochen. Und dieses Problem ist nach wie vor eben nicht gelöst. Wetten, es gibt noch eine dritte Finanzierungsrunde.

Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat SVP

## Briefe

### Dieses Thema gehört ins Elternhaus

**Der Besuch der Sextante/Sex an der Schule/Politiker reagieren geschockt auf Sexbericht/«Das Geheimnisvolle geht verloren»;** BaZ 13./14.2.14

Daniel Stolz, Chef der Aids-Hilfe sagt, es sei ein Vorteil, Externe zur Sexualkunde einzuberufen, da diese ein- bis zweimal auftauchen und dann im Leben der Kinder wieder verschwinden. Die Jugendlichen könnten unbefangener sprechen. Gerade bei diesem Thema, wo es um Intimität geht, ist doch eine Bezugsperson gefragt, die die Kinder kennt und die auf das Thema eingehen kann.

Ist es nicht so, dass so delikate Themen in erster Linie ins Elternhaus gehören? Daniel Stolz jedoch zieht scheinbar beziehungslosen und rücksichtslosen Unterricht vor. Was ist das wahre Ziel der Aids-Hilfe? Noch mehr beziehungslosen Sex? Nun sind alle Politiker, Erziehungsdirektoren und Lehrer gefragt, die Signale vieler besorgter Eltern und nun auch betroffener Schüler ernst zu nehmen und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen.

Rita Bracher, Büsserach

### Ein Ungenügend für die Verantwortlichen

Das Interview mit Allan Guggenbühl («Das Geheimnisvolle geht verloren», BaZ 14.2.2014) war die bestmögliche Antwort auf die unverantwortliche «Sexaufklärung», die der Kanton Basel-Landschaft (und wie machts der Kanton Basel-Stadt?) praktiziert. Ein Bravo an die Schulklassen, die diese Sache publik gemacht hat, hingegen ein absolut Ungenügend für die Verantwortlichen (Erziehungsdepartement/Schulpflege/Lehrerschaft), die so etwas zulassen, ohne zu kontrollieren oder zu begleiten.

Bruno Bernasconi, Basel

### Verstoss gegen Unversehrtheit

Dank an die BaZ, dass sie Eltern und Öffentlichkeit über die Machenschaften der Aids-Hilfe beider Basel informiert; ein Dank auch den «Whistleblowern» der Klasse 3s, Binningen! Vielleicht sollte man fragen, ob die Aids-Hilfe nicht in Wahrheit ein Förderverein für sexuelle Perversion ist? Wieso bekommen deren Vertreter «unkontrollierten» Zutritt zur Indoktrination der Kinder und Jugend-

lichen? Haben je Eltern an Lehrer oder andere das Mandat erteilt, natürliches Schamgefühl der Kinder zu zerstören? Wer Zwölfjährige zu Selbstbefriedigung anleitet und Kondome wie Bonbons verteilt, hat in einer Schule nichts zu suchen. Lässt man es zu, ist es ein massiver Verstoss gegen seelische Unversehrtheit der Kinder und Elternrechte.

Reinhard Möller, Aesch, Pfarrer

### Unterrichten, wie man sich benimmt

Was sich im Bereich Sexualerziehung abspielt, grenzt an Vergewaltigung von Kindern. Warum bringen die Lehrer den Kindern stattdessen nicht mehr bei, sich zu benehmen – Littering zu vermeiden, Füsse im Bus nicht auf die Bank zu legen, Danke zu sagen, anständig bei Tisch zu essen, Lebensmittel nicht wegzuwerfen. Sind wir so weit, dass wir Nachhilfe beim Masturbieren brauchen? Unglaublich, wie weit uns Psychiater und Psychologen gebracht haben.

Esperanza Menzinger, Oberwil

### Überzeugungen und die Wahrheit

Diese Affäre überrascht mich nicht sehr. Schon vor Jahren war unserem damals zehnjährigen Sohn (heute bald 48) in einem staatlichen Heim in Davos, wo er sich aus gesundheitlichen Gründen aufhielt, im Rahmen eines Freizeitkreises beigebracht worden, wo die Klitoris liegt und wie sie angefasst werden soll. Als die Kinder statt Sexualaufklärung Singen bevorzugten, strich der Leiter des Heims kurzerhand das Singen und setzte dafür Sexualaufklärung ein.

Auch in meinem beruflichen Werdegang hatte ich eine interessante Erfahrung: Durch meinen Vorgänger (eine Gemeindestelle) wurde ein Mädchen aus intakter Familie – der Vater gab ihr eine Ohrfeige, nachdem er sie mit ihrem Schulkameraden ausgezogen in ihrem Zimmer beim «Lernen» erwischte hatte – in einen Heim platziert.

Dort wurde sehr freizügig mit weichen Drogen umgegangen. Dieses Mädchen wollte aber kein Cannabis rauchen. So wurde sie von der grosszügigen Leiterin als unaufrichtig attackiert; diese Dame war überzeugt, dass jeder Jugendliche Haschisch rauche und es dieses Mädchen eben nur nicht zugeben wollte. Was aber nicht stimmte. Sie beschwerte sich dann bei mir ...

Petr Feyfar, Basel/Prag

### Erst mal Schweizer Geschichte studieren

**«Der Bundesrat ist der Diener des Volkes»/Nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative;** BaZ 12.2.14/diverse

Ausgerechnet alt Bundesrat Christoph Blocher, Aktenvernichter für die CIA, beleidigt die Romands: «Die Welschen hatten immer ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz» (BaZ 12.2.2014). Der Herr mit Migrationshintergrund, der fanatisch das Frauenstimmrecht verhindern wollte, sollte vielleicht die Schweizer Geschichte studieren, bevor er sich so aus dem Fenster lehnt. Wer hat die Schweiz standhaft durch den Zweiten Weltkrieg gebracht? Der Waadtländer Henri Guisan! Wer hat nach dem Zweiten Weltkrieg die aktive Neutralitätspolitik lanciert? Der Neuenburger Max Petitpierre! Wer hat das Rote Kreuz, Basis der humanitären Schweiz, gegründet? Der Genfer Henri Dunant! Wer hat 1847 die Schweiz praktisch unbeschadet durch den Sonderbundkrieg gebracht? Der Genfer Guillaume-Henri Dufour!

Vertreter der angeblich schweizerischen Egomani- und «Verdummungs-partei» sollten nicht nur Fahnenhänger bejubeln, sondern sich mit der realen Geschichte beschäftigen.

Vreni Feigenwinter, Reinach

### Was für ein Kindergarten!

Nach dieser Abstimmung fühle ich mich als Schweizer total verschaukelt. Die Linken können mit dem Resultat nicht umgehen, sind schlechte Verlierer, finden das Volk doof, «täubeln» wie die kleinen Kinder, und Ruedi Rechsteiner und Co. verlangen eine undemokratische zweite Abstimmung!

Die Rechten trommeln sich auf die Brust und verlangen eine – aus der Sicht der Europäischen Union unmögliche – Durchsetzung des Ergebnisses! Der Bundesrat getraut sich nicht, sich gegen die EU zu wehren und ihr unsere Vorzüge aufzuzeigen! Die EU selbst schaltet auf stur und handelt wie eine Diktatur! Die Vertreter der Europäischen Union werden uns weich klopfen mit unseren unschlüssigen Politikern.

Wo ist denn der Zusammenhalt vom gespaltenen «einig Volk von Brüdern» bei uns geblieben? Ich werde in Zukunft nicht mehr abstimmen und folglich den ganzen Schlamassel der jungen Genera-

tion überlassen, denn die muss in Zukunft alleine mit all dem fertigwerden!

Aber ob nun so oder so – die Wohnungsmieten bei uns werden steigen, die Löhne werden fallen, und irgendwann wird auch unser Sozialsystem zusammenkrachen. Was ist das nur für ein Kindergarten! Na denn, Prost!

Gustav Meyer, Pratteln

### Kurioses Verständnis von Demokratie

Jetzt ist mir natürlich klar, wieso ausgerechnet der Schweizer SP-Parteipräsident Christian Levrat eine rasche Umsetzung der Initiative und ausserdem explizit eine harte Verhandlung des Schweizer Bundesrates mit der Europäischen Union verlangt (Nachrichten: «SP-Chef Levrat liebäugelt mit neuer Abstimmung», BaZ 17.2.2014).

Vielleicht ist gar so hart zu verhandeln, dass gar kein Kompromiss möglich ist und die Europäische Union überhaupt nicht anders kann, als Nein zu sagen? Und damit als Konsequenz daraus aus der Sicht von Levrat das «unmündige» Stimmvolk nochmals abstimmen muss, weil die Stimmberechtigten angenommen hätten, die Annahme sei mit den Bilateralen kompatibel?

Der Initiativtext war aber eindeutig. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, muss die Schweiz das Abkommen der Personenfreizügigkeit kündigen, und wenn die EU als Folge davon andere bilaterale Abkommen kündigen will, müssen dies – wie vertraglich festgehalten – alle 28 Staaten der Europäischen Union einstimmig beschliessen.

Was ist das für ein Demokratieverständnis der Verlierer, wenn sie die Wiederholung von Abstimmungen verlangen, weil vielleicht nicht sichergestellt ist, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger allfällige Konsequenzen daraus auch richtig verstanden haben?

Claudio Bachmann, Basel

### An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: [leserbrief@baz.ch](mailto:leserbrief@baz.ch) BaZ, Leserbriefe, 4010 Basel